



Änderungsantrag

Öffentlich

Datum

19.05.2014

Nummer

3371/14

Absender

Fraktion Piratenpartei
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Gremium

Rat
Verwaltungsausschuss

Sitzungstermin

27.05.2014
20.05.2014

Betreff

1. Ergänzung zum Antrag "Prüfauftrag Internetinfrastruktur" (DS 3298/14)

In der Ratssitzung vom 04.02.2014 war die Breitbandversorgung Braunschweigs ein Thema. Neben dem Ausbau von Straßen, Schienenverkehr und Radwegen ist der Ausbau leistungsfähiger Breitbandverbindungen im gesamten Stadtgebiet elementarer Bestandteil zukunftsorientierter Infrastrukturpolitik. Während in Finnland ab 2015 ein Grundrecht auf einen 100Mbit/s Internetanschluss besteht und auch Estland bis 2015 fast alle Haushalte mit 100Mbit/s angeschlossen haben will, droht Deutschland, beim Breitbandausbau abgehängt zu werden.

In den Diskussionen im Wirtschafts- sowie im Finanz- und Personalausschuss wurde deutlich, dass stärkere Gestaltungsmöglichkeiten der Stadt in diesem Bereich mehrheitlich befürwortet werden, eine detailgenaue Prüfung insbesondere der Wirtschaftlichkeit möglicher Modelle jedoch die Haushaltsmittel 2014 übersteigt. Gleichzeitig wurden weitere Ideen genannt, das Ziel zu erreichen. Als Fazit dieser Debatten beantragen wir daher:

Die Verwaltung möge prüfen,

- welche Möglichkeiten es gibt, Internetdienstleistungen, insbesondere Breitbandanschlüsse, durch eine städtische Gesellschaft anbieten zu lassen oder zu diesem Zweck eine neue Gesellschaft zu gründen (zum Vergleich: wobcom).
- welche Möglichkeiten es gibt, durch langfristige Kooperationen mit externen Partnern, Internetdienstleistungen, insbesondere Breitbandanschlüsse, nach Maßgabe und ggf. mit Kostenbeteiligung der Stadt Braunschweig anzubieten.
- welche Möglichkeiten es gibt, durch projektbezogene Ausschreibungen Internetdienstleistungen, insbesondere Breitbandanschlüsse, nach Maßgabe und ggf. mit Kostenbeteiligung der Stadt Braunschweig anzubieten.

Zur endgültigen Entscheidungsfindung müssen die zu erwartenden Investitionskosten, zu erwartenden Gewinne oder Verluste und Vorteile durch die Möglichkeiten, Internetinfrastruktur in neu ausgewiesenen Wohn- und Gewerbegebieten garantieren zu können, abgeschätzt werden. Ob sich die detailgetreue Überprüfung entsprechender Fragen allerdings lohnt, bleibt abzuwarten.

Als ersten Schritt soll sich die Prüfung daher darauf beschränken

- die rechtlichen Rahmenbedingungen insbesondere von Kooperationen und Ausschreibungen zu klären,
- Erfahrungen anderer Kommunen abzufragen,
- die nötigen Haushaltsmittel für belastbare Wirtschaftlichkeitsprüfungen abzuschätzen,
- und sofern möglich, die Größenordnungen der nötigen Investitionen bzw. Kostenzuschüsse und Gewinne grob abzuschätzen.

Jens-W. Schicke-Uffmann
Fraktionsvorsitzender